Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

am Dienstag, dem 28.01.2003

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

1		Einwohnerfragestunde
2		Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.12.2003
3	02 - 13 1241/2002
E 1	Haushaltssatzung 2003;
hier: Beschlussfassung
4	05 - 13 1252/2002	3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 4/3
- Amalienstraße -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss
5	05 - 13 1253/2002
E 1	3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 29/1
- Bremerweg / Südwest -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB
3. Satzungsbeschluss
6	05 - 13 1257/2002	Benennung einer Planstraße im Ortsteil Vrasselt;
hier: Josefsweg
7	05 - 13 1266/2003
E 1	Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat
8		Mitteilungen und Anfragen
9		Einwohnerfragestunde

Die Mitglieder:

Arntzen, Helmut
Beckschaefer, Christian
Bongers, Karl-Heinz
Diks, Johannes
Gertsen, Gerhard (für Mitglied Lang)
Gorgs, Hans-Jürgen (für Mitglied Ulrich)
Günther, Ralf (für Mitglied Struckhof)
Jansen, Albert
Jessner, Udo

Kremer, Helmut
Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
Maiß, Franz Georg Anton
Roebrock, Wilhelm
Sloot, Birgit
Spiertz, Andre
Tenhaef, Alfred
Tepaß, Udo (für Mitglied Heering)
Trüpschuch, Elke (für Mitglied Diekman)

Entschuldigt fehlen: Diekman, Rolf
Heering, Anneliese
Lang, Hermann
Struckhof, Detlef
Ulrich, Herbert

Von der Verwaltung: Boch, Horst
als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs
Herr Siebers
Herr Arntz
Herr Gürtzgen
Herr Holtkamp
Herr Kemkes
Herr Kraayvanger
Frau Lebbing
Rechtsreferendar Herr Park
Frau Köster (Schriftführerin)

Von den Abwasserwerken: Herr Antoni

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung um 18.00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Ausschusses, der Verwaltung und die Vertreter der örtlichen Presse sowie Herrn Rechtsreferendar Park.

I. Öffentlich

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 03.12.2003

Gegen die gemäß § 24 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden Einwände nicht erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

3 02 - 13 1241/2002
E1

**Haushaltssatzung 2003;
hier: Beschlussfassung**

Der Vorsitzende schlägt zur Vorgehensweise vor, dass zuerst Herr Siebers einige Erläuterungen zur Vorlage gibt, dann die Veränderungsliste zu beraten, in der auch die Empfehlungen der Ausschüsse enthalten sind. Im Anschluss könnten weitere Anträge durch die Fraktionen gestellt werden, um dann letztlich über die gesamte Vorlage zu beschließen.

Herr Siebers erläutert die Veränderungsliste und beantwortet die Fragen von Mitglied Maiß zu § 3 und § 6 Abs. 3 u. 4 der Haushaltssatzung.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs beantwortet die Fragen der Mitglieder Beckschaefer und Maiß dahin gehend, dass es notwendig ist, dass für die Verbindung Pesthof zum Breitensteinparkplatz für die im Privateigentum befindlichen Grundstücke Wegerechte mit dem neuen Grundstückseigentümer vertraglich aufgenommen werden müssen. In einem Folgevertrag ist dieses Recht nicht aufgenommen worden. Die Verwaltung befindet sich derzeit in Kontakt mit der Eigentümergemeinschaft des Grundstückskomplexes, die bereit sind, auf die bestehenden Verpflichtungen zurückzukommen. Nähere Erläuterungen betreffend dieses Vertrages werden in der nächsten Ratssitzung gegeben.

Zu Seite 2 der Veränderungsliste zum Verwaltungshaushalt:

Auf die Frage des Mitgliedes Beckschaefer, ob der Radweg am Ostwall im Hinblick auf die anstehenden Baumaßnahmen Löwentor noch erneuert werden soll, erklärt Erster Beigeordneter Dr. Wachs, dass diese Maßnahme aus Verkehrssicherungspflichten als gemeinsame Maßnahme (Erneuerung des Rad- und Gehweges) mit dem Landesbetriebs Straßenbau dringend notwendig ist. Die Zuständigkeit des Gehweges liegt bei der Stadt, die Zuständigkeit des Radweges beim Bund.

Zu Seite 1 der Veränderungsliste zum Vermögenshaushalt:

Mitglied Diks bittet die Verwaltung betreffend des Feuerwehrgerätehauses andere Finanzierungsmethoden (Leasing o. ä.) zu prüfen. In diesen Prüfauftrag bittet er, die Ersatzbeschaffung des geplanten Mannschaftstransportwagens für den Löschzug Vrssett und weitere Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen einzubinden, um dadurch höhere Kreditaufnahmen zu vermeiden.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

- HHSt. 3.130.9351 "Erwerb von Fahrzeugen"

Anbringung eines Sperrvermerkes; die Finanzierung über Leasing o. ä. soll geprüft werden.

SP

Beratungsergebnis: Dafür 19 Dagegen 0 Enthaltungen 0

Mitglied Jessner stellt folgenden Antrag:

Aufgrund des derzeit desolaten Zustandes der Straßen Zum Beerenboom und Ziegeleiweg und zur Vermeidung zwischenzeitlichen größerem Unterhaltungsaufwandes soll die Maßnahme nicht mehr, wie im BPVA empfohlen, um ein Jahr verschoben werden.

- HHSt. 3.630.9524 "Ausbau zum Beerenboom	A	+	10.000 €
	VE	+	110.000 €
- HHSt. 3.630.9525 "Ausbau Ziegeleiweg"	A	+	10.000 €
	VE	+	85.000 €

Beratungsergebnis: Dafür 18 Dagegen 1 Enthaltungen 0

Seite 2 der Veränderungsliste zum Vermögenshaushalt:

Herr Kraayvanger erklärt auf die Anfrage von Mitglied Maiß, dass sich die Mehrkosten des Neubaus der Trauerhalle in Elten ausschließlich auf die Umgestaltung der Außengestaltung beziehen. Diese Kosten waren in den Baukosten nicht erhalten.

Seite 3 der Veränderungsliste zum Vermögenshaushalt:

Mitglied Beckschaefer stellt folgenden Antrag:

- HHSt. 3.880.9413 "Bauliche Maßnahmen – Kulturbetrieb –"
Einbringung eines Sperrvermerkes; Entwicklung bezüglich eines neuen Eigentümers/Investors für das Rheinmuseum abwarten.

Die HFA-Mitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

Nunmehr ruft der Vorsitzende die einzelnen Anträge der Fraktionen auf.

Die FDP-Fraktion stellt nachfolgende Anträge:

Der Rat beschließt, in den Jahren 2003 und 2004 die Ansätze im Haushaltsentwurf der Stadt für die Kosten von Rat, Fraktionen und sonstigen Repräsentanten um 10 % zu kürzen (siehe Anlage 5 der Vorlage).

Beratungsergebnis: Dafür 1 Dagegen 15 Enthaltungen 3

Der Rat beschließt, die Zuweisungen und Zuschüsse (Verwaltungshaushalt) ohne Finanzierungsbeteiligung Sozialhilfe um 3 bis 5 % zu kürzen (siehe Anlage 6 der Vorlage).

Beratungsergebnis: Dafür 1 Dagegen 15 Enthaltungen 3

Der in Anlage 7 der Vorlage aufgeführte Antrag der FDP-Fraktion erübrigt sich durch die Beratungen im Schulausschuss.

Den in Anlage 8 der Vorlage aufgeführten Antrag der FDP-Fraktion nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Aufgrund des in Anlage 9 aufgeführten FDP-Antrages und der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 12 zur Vorlage) schlägt Mitglied Jessner vor, die Einsparungen, die durch mögliche Investitionen der Albert-Schweitzer-Turnhalle entstünden und die durch einen Grundstücksverkauf entstehenden Mehrerlöse, für einen Neubau einer Turnhalle an der Europa-Hauptschule einzuplanen. Er bittet die Verwaltung, dieses zu überprüfen.

Die HFA-Mitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

Die BGE-Fraktion stellt nachfolgende Anträge:

Mitglied Beckschaefer erläutert eingehend den in der Vorlage als Anlage 10 aufgeführten Antrag.

Mitglied Diks teilt für seine Fraktion mit, dass diesem Antrag heute nicht gefolgt werden kann, jedoch kann er sich vorstellen, sofern mit diesem Thema kreativ umgegangen wird, für beiden Seiten Vorteile erzielt werden können. Er schlägt vor, dieses in einem kleinen Kreis, eventuell auch zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren.

Mitglied Beckschaefer erklärt sich für seine Fraktion mit dem von Mitglied Diks gemachten Vorschlag einverstanden, jedoch legt er Wert darauf, dass diese Angelegenheit im 1. Halbjahr 2003 im entsprechenden Ausschuss (Ältestenrat) behandelt wird. Er stellt den entsprechenden Antrag.

Mitglied Jessner wünscht, die Auswirkungen auf den städt. Haushalt in diese Diskussion mit einzubeziehen.

Mitglied Maiß bittet die Verwaltung, mit der Stadt Herten Kontakt aufzunehmen, um die dortigen Erfahrungen in die Beratungen einfließen zu lassen.

Die Mitglieder Diks, Jessner schließen sich dem Antrag von Mitglied Beckschaefer an.

Der in der Anlage 10 zur Vorlage aufgeführte BGE-Antrag wird im 1. Halbjahr 2003 im Ältestenrat behandelt.

Beratungsergebnis: Dafür 19 Dagegen 0 Enthaltungen 0

Mitglied Beckschaefer erläutert eingehend den in der Vorlage als Anlage 11 aufgeführten Antrag.

Entgegen der Stellungnahme der Verwaltung in Anlage 12 zu diesem Antrag hält Mitglied Beckschaefer seinen Antrag, die Grundsteuer B bei einem Hebeansatz von 330 % aufrecht. Er unterbreitet einige Vorschläge um die Wenigereinnahme in Höhe von 450.000 € auszugleichen, zu denen Erster Beigeordneter Dr. Wachs und Herr Siebers ausführlich Stellung nehmen.

Die Mitglieder Diks und Jessner stimmen dem Antrag nicht zu.

Mitglied Günther schließt sich dem BGE-Antrag an.

Nach eingehender Diskussion lässt der Vorsitzende hierüber abstimmen.

Der Rat beschließt, die Grundsteuer B bei einem Hebesatz von 330 % festzusetzen.

Beratungsergebnis: Dafür 3 Dagegen 15 Enthaltungen 1

Da weitere Anträge nicht gestellt werden, lässt der Vorsitzende über die Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2003 mit den heute beschlossenen Ergänzungsanträgen abstimmen.

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2003 mit Haushaltsplan und Anlagen:

Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2003

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz zur Einrichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt vom 30.04.2002 (GV NRW S. 160) hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf in der Ausgabe auf	47.027.225 EUR 47.027.225 EUR
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf in der Ausgabe auf	19.742.002 EUR 19.742.002 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

3.635.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2003 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

4.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2003 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.
2.	Grundsteuer nach dem Gewerbeertrag auf	403 v.H.

§ 6

1. Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben. Über- oder außerplanmäßige Ausgaben ab 25.000 EUR im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 82 GO NW.

Zahlungen nach § 22 GemHVO, kalkulatorische Kosten, Innere Verrechnungen sowie Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.

2. Als geringfügig i.S.v. § 82 Abs. 1 Satz 5 GO NW gelten überplanmäßige Ausgaben bis zu 5.000 EUR und außerplanmäßige Ausgaben bis zu 3.000 EUR.
3. Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S.v. § 80 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NW wird auf 5 v.H. der Ausgaben des Haushaltsjahres festgesetzt.
4. Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S.v. § 80 Abs. 3 Ziffer 1 GO NW wird auf 2 v.H. der Ausgaben des Vermögenshaushaltes festgesetzt.
5. Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 25.000 EUR gelten gem. § 84 Abs. 1 GO NW i.V.m. § 82 Abs. 1 Satz 4 GO NW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 7

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke „künftig umzuwandeln“ (ku) und „künftig wegfallend“ (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

Beratungsergebnis: Dafür 15 Dagegen 4 Enthaltungen 0

2. Der Rat beschließt den Stellenplan 2003.

Beratungsergebnis: Dafür 15 Dagegen 4 Enthaltungen 0

3. Der Rat beschließt das Investitionsprogramm 2003 – 2006.

Beratungsergebnis: Dafür 15 Dagegen 4 Enthaltungen 0

- 4 05 - 13 1252/2002 **3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr . E 4/3
- Amalienstraße -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Satzungsbeschluss**

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen.

Zu 1)

- a) Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Deutschen Telekom mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind.
- b) Der Rat beschließt, dass die Anregungen des Staatlichen Kampfmittelräumdienstes mit der Ergänzung des Bebauungsplanes um einen Hinweis abgewogen sind.

Zu 2)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 4/3 -Amalienstraße- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan für die Grundstücke an der Normannstraße, Gemarkung Emmerich, Flur 4, Flurstücke 850, 857, 1121, 1177 und 1178 dahin gehend geändert, dass

- a) die Straßenbegrenzungslinie der Normannstraße um 2,0 m nach Süden verschoben wird;
- b) die südliche Teilfläche des Parkplatzes im Straßenraum der Normannstraße gegenüber der Einmündung des Kastanienweges in die Festsetzung des angrenzenden Reinen Wohngebietes WR umgewandelt wird;
- c) die überbaubare Fläche in der Form vergrößert wird, dass die westliche Baugrenze auf das Parallelmaß von 3,0 m zur Westgrenze des Flurstückes 1178 verschoben wird.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 5 05 - 13 1253/2002
E1 **3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes
Nr. E 29/1 - Bremerweg / Südwest -;
hier: 1. Bericht zur durchgeführten Offenlage und
Trägerbeteiligung
2. Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB
3. Satzungsbeschluss**

Mitglied Diks stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen.

Zu 1)

Der Rat beschließt, dass die Anregungen der Unteren Landschaftsbehörde und der Unteren Wasserbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung abgewogen sind

Zu 2)

Der Rat beschließt den vorliegenden Vertragsentwurf als städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 29/1 -Bremerweg/Südost-.

Zu 3)

Der Rat beschließt den Entwurf der gemäß § 13 BauGB durchgeführten 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. E 29/1 -Bremerweg / Südwest- mit Entwurfsbegründung als Entscheidungsbegründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung. Hierdurch wird der Bebauungsplan dahin gehend geändert, dass die textliche Festsetzung Nr. 2.1 betreffend Einschränkung des Maßes der baulichen Nutzung mit einem Ausschluss der Überschreitung der Grundfläche nach § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO durch Nebenanlagen ersatzlos gestrichen wird.

Beratungsergebnis: 19 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**6 05 - 13 1257/2002 Benennung einer Planstraße im Ortsteil Vrssett ;
hier: Josefsweg**

Mitglied Bongers stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu empfehlen.

Der Rat beschließt für die Stichstraße an der Straße Dreikönige – in Anlehnung an die hier vorhandenen Namen Kasparweg, Melchiorweg, Balthasarweg, Marienweg – den Namen „Josefsweg“.

Beratungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

**7 05 - 13 1266/2003
E1 Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat**

Mitglied Maiß bezieht sich auf die vorherigen Beratungen und erklärt, dass seine Fraktion die Einrichtung eines Gestaltungsbeirat nach dem Maastrichter-Modell befürwortet hat. Er äußert seine Unzufriedenheit über den vorgelegten Entwurf und hält die Satzung für falsch.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs bezieht sich bei seinen Erläuterungen zu den von Mitglied Maiß gemachten Ausführungen auf die Beratungen im Bau-, Planungs- und Verkehrsausschuss.

Ausführlich diskutiert wird die Frage, ob eine Mitwirkung im Gestaltungsbeirat ausgeschlossen ist, wenn die Beiratsmitglieder mit Aufträgen im Gebiet der Gestaltungssatzung befasst sind und ob diese Personen gemäß § 5 Abs. 3 der Befangenheitsregelung unterliegen.

Auch Mitglied Beckschaefer stimmt dem Entwurf der vorliegenden Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat nicht zu, da diese zu sehr von dem Maastrichter-Modell abweicht. Er möchte auch von der Verwaltung wissen, ob die von der Verwaltung genannten Architekten zwischenzeitlich zugesagt haben, im Gestaltungsbeirat mitzuarbeiten.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt auf entsprechende Frage von Mitglied Beckschaefer mit, dass sich das Beifügen von entsprechenden, erläuternden Plänen oder Karten aus gesetzgeberischer Sicht verbietet. Weiterhin erklärt er, dass die genannten Architekten zugesagt haben.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Diks, gemäß Vorlage zu empfehlen, abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die beigefügte Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat.

Beratungsergebnis: 15 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 1 Enthaltungen

8 Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

Anfragen

1. Baumaßnahme Speelberger Straße;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Mitglied Beckschaefer bezieht sich auf die Abfallentsorgung im entsprechenden Bauabschnitt der Speelberger Straße und bittet die Verwaltung, für die weiteren Bauabschnitte die dortigen Bewohner rechtzeitig über die eventuell veränderte Abholung der Abfallbehälter zu unterrichten.

2. Ehemaliges Rewe-Center;
hier: Anfrage von Mitglied Tenhaef

Bürgermeister Boch teilt auf entsprechende Anfrage von Mitglied Tenhaef mit, dass z. Zt. keine neuen Erkenntnisse vorliegen und die Stadt jederzeit gerne bereit ist, Hilfestellung zu leisten.

3. Geschwindigkeitsbegrenzung Bahnweg;
hier: Anfrage von Mitglied Bongers

Mitglied Bongers spricht die eingerichtete Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h auf dem Bahnweg an und bittet die Verwaltung, diese zu erweitern für den Bereich von der NBK bis zum Friedhof.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

4. Gebäude Neuer Steinweg/Ecke Oelstraße;
hier: Anfrage von Mitglied Maiß

Mitglied Maiß verweist auf den desolaten Zustand des o. g. Gebäudes.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

9 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 19.55 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin